

Auswertung des Wahlprogramms des BSW zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Sachsen-Anhalt bleibt anders.“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:

Im Wahlprogramm des BSW sind keine gesonderten Aussagen zu den Schulen in freier Trägerschaft zu finden.

• Konkrete Vorhaben:

- Schule soll Schüler befähigen, informierte und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen – nicht nur Prüfungen zu bestehen
- Fragen der Gesundheit und Lebensführung gehören stärker in den Bildungsauftrag: Ernährung, Bewegung und der bewusste Umgang mit Konsum + Umweltbelastungen müssen altersgerecht thematisiert werden
- Bildung soll in Sachsen-Anhalt wieder ein Instrument des sozialen Ausgleichs werden, nicht der Reproduktion von Armuts- und Reichtumslagen
- Sachsen-Anhalt braucht grundlegenden Kurswechsel in der Bildungspolitik: weg von Sparlogik, Steuerungssillusionen und formaler Leistungsschau – hin zu Qualität, Verständnis, demokratischer Bildung und sozialer Gerechtigkeit
- jedes Kind hat Anspruch auf eine faire Bildungsperspektive – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Einkommen der Eltern
- dazu gehört auch der uneingeschränkte Zugang zu notwendigen Lernmitteln, dies soll immer kostenfrei geschehen
- Kinder und Jugendliche mit Konzentrationsschwierigkeiten, sozial-emotionalen Belastungen oder Verhaltensauffälligkeiten benötigen gezielte Unterstützung
- notwendig ist eine frühzeitige + systematische Sprachförderung
- für Inklusion bedarf es einer ausreichenden personellen und materiellen Ausstattung; Zweitlehrkräfte, Schulbegleitungen und pädagogische Assistenzen dürfen nicht nur eingeschränkt zur Verfügung stehen

- personelle, materielle und räumliche Ressourcen im Schulbereich sind grundlegend zu stärken, damit Sachsen-Anhalt bei der Unterrichtsqualität nicht noch weiter zurückfällt
- es muss an den Schulen mehr unterstützendes Personal vorhanden sein, wie Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, IT-Betreuung, pädagogische Assistenz und Verwaltungsunterstützung
- **die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte muss auch in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden** → unterstützt wird eine datensparsame, transparente und manipulationssichere Lösung unter Beteiligung der Personalräte
- die Lehrerausbildung und der Lehrerberuf müssen attraktiver werden, u.a. durch eine **Absenkung der Unterrichtsverpflichtung um ein bis zwei Stunden**
- Kürzungen bei Anrechnungsstunden, Altersermäßigungen und Zusatzaufgaben müssen zurückgenommen werden
- zwingend notwendig ist eine ausreichende Vertretungsreserve
- **Schulsekretariate müssen aufgewertet werden, deren Aufgaben erweitert und deren Kosten gemeinsam von Land und Kommunen getragen werden**
- alle (beim Land) angestellten Lehrkräfte sollen unbefristet eingestellt werden
- für den **Einsatz von Künstlicher Intelligenz an Schulen** bedarf es klarer Regelungen, die eigenständiges Denken sichern und echte Eigenleistung bewertbar halten → **neue Prüfungsformate** müssen Verständnis, Anwendung und Reflexion prüfen
- Lehrkräfte benötigen für die Arbeit mit der KI gezielte Aus- und Fortbildungen
- in der Grundschule sollen noch keine digitalen Werkzeuge zum Einsatz kommen, **im Schulalltag soll das Smartphone verbindlich verboten werden**
- **längeres gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse** bleibt ein Ziel, praxisnahe Bildungswege sind für viele Kinder besser geeignet als ein einseitiger Fokus auf das Gymnasium
- Sachsen-Anhalt braucht moderne, funktionale Schulgebäude, ein leistungsfähiges Verwaltungsmanagement und eine Schulpolitik, die Bildung vor Sparlogik stellt
- es soll eine **freie Schulwahl auch über die Landkreisgrenzen hinaus** ermöglicht werden
- **Gemeinschaftsschulen** sollen **als Leitmodelle** (ab Klasse 9?) etabliert werden

- frühkindliche Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen
- in den Kindertagesstätten soll der Personal-Kind-Betreuungsschlüssel zugunsten einer besseren Bildungsarbeit und Betreuungsqualität gestärkt werden
- **Ausbildungskapazitäten für staatlich anerkannte Erzieher müssen deutlich ausgeweitet** und Studienplätze in der Kindheitspädagogik ausgebaut **werden**
- verbindliche Sprachstandserhebungen vor dem Schuleintritt sind notwendig, um Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen
- **Inklusion muss in Sachsen-Anhalt flächendeckend umgesetzt werden**
 - dazu braucht es ausreichend qualifizierte Inklusionsfachkräfte, verlässliche Finanzierung und personelle Ausstattung aller Einrichtungen
- im Grundschulbereich soll die Mindestklassenzahl in ländlichen Regionen von 15 Schülern beibehalten und die Zweizügigkeit nicht zur Bedingung werden
- **Kitas sollen perspektivisch beitragsfrei werden**
- **Schulsozialarbeit** ist unverzichtbar für Prävention, Integration, Konfliktlösung und Unterstützung der Lehrkräfte – sie **muss** deshalb **zentraler Bestandteil moderner Bildungspolitik und dauerhaft abgesichert sein**
- benötigt wird ein verbindlicher, landesweiter Personalschlüssel für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie, der sich am Bundesdurchschnitt orientiert – jede Schule benötigt mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle
- **multiprofessionelle Teams** an Schulen müssen vom Ausnahmefall zum Standard werden – kurzfristig könnten hier auch ehrenamtlich Engagierte, Rentner + pädagogische Fachkräfte durch gezielte Qualifizierung und staatliche Unterstützung eingebunden werden, ebenso Erzieher und Heilerziehungspfleger
- es werden mehr Ganztagschulen und Investitionen in Bildung benötigt, um spätere Kosten für Gesundheits-, Sozial- und Strafverfolgungssysteme zu reduzieren
- der Ausbau des Ganztagsunterrichts darf nicht mit billigen Übergangslösungen erfolgen, bei denen die pädagogische Qualität auf der Strecke bleibt
- das Land sollte eine **eigene Ganztagsverordnung** einführen, ein landeseigenes Förderprogramm aufbauen und die Qualitätsoffensive „Ganztag 2030“ starten
- Schulträger sollten bei Planung, Bau und Kooperationen unterstützt werden
- **Sachsen-Anhalt braucht ein Bildungsgesetz, das Ressourcen verbindlich sichert, multiprofessionelle Unterstützung ausbaut, Mitbestimmung stärkt und den Schulen Zeit, Personal und Vertrauen gibt**

- es braucht eine flächendeckende, kostenfreie und gesunde Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen

2. Arbeitsmarktförderung, Integration, Bürokratieabbau

- Transformation darf nicht als marktgetriebene Bereinigung verstanden werden, sie braucht politische Gestaltung, soziale Leitplanken und regionale Visionen
- (staatliche?) Berufsschulen müssen personell, technisch und finanziell ausgestattet sein, dass sie echte Partner der Betriebe sind und flexibel auf neue Ausbildungsprofile reagieren können
- Ausbildungsinhalte müssen regelmäßig an technologische Entwicklungen angepasst werden – digitale Kompetenzen, IT-Sicherheit und Datenschutz gehören in jede Ausbildung
- **Weiterbildung darf kein Bürokratiemonster sein – nötig sind einfache Zugänge, unbürokratische Förderung und digitale Lernangebote**
- **Umschulung und Weiterbildung sind zentrale Instrumente, um Beschäftigte im Wandel zu halten und Fachkräfte langfristig in der Region zu binden**
- ausländische Berufsabschlüsse müssen schneller und einfacher anerkannt werden
- **gestärkt werden soll eine enge Kooperation zwischen Betrieben, Berufsschulen und Hochschulen, u.a. durch gemeinsame Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Praxisprojekte**
- das BSW unterstützt eine gezielte Meisterbildungsförderung, wobei zu prüfen ist, ob vor allem in den Bereichen Dienstleistung, Gastronomie und in bestimmten Handwerksberufen (welche?) die Meisterbildung tatsächlich zwingend erforderlich ist
- Integration bedeutet klare Regeln ebenso wie echte Perspektiven: das Recht auf Asyl für Schutzsuchende, gesteuerte Arbeitsmigration und gelingende Integration sind unterschiedliche Politikbereiche
- das BSW wendet sich gegen ungeregelte und illegale Migration
- **die gezielte Anwerbung von ausländischen Arbeitsmarktkräften ist angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels in Sachsen-Anhalt für unser Land notwendig, sie darf aber kein Ersatz für eine nachhaltige eigene Arbeitskraftsicherung sein**
- Vorrang haben müssen gute Bildung, Ausbildung und Qualifizierung im eigenen Land sowie eine bessere Integration der Menschen, die dauerhaft hier leben, in Arbeit und Ausbildung

- Migration muss sich an den realen Aufnahme-, Finanz- und Integrationsmöglichkeiten von Ländern und Kommunen orientieren
- **die Anwerbung von Arbeitskräften sollte nicht privaten Institutionen überlassen werden, sondern von staatlicher Seite erfolgen und ethisch sauber sein, dabei sollte die Bundesagentur für Arbeit die zentrale Koordinierungsstelle für die Anwerbung im Ausland sein**
- **dazu wäre es nötig, die Arbeit des Goethe-Instituts und des DAAD zu erweitern oder zusätzliche Sprachschulen aufzubauen**
- Zuwanderer sollen unsere Normen, Regeln und Gesetze akzeptieren – dazu sind in den Sprachschulen auch verbindliche Kurse anzubieten
- die Integration in den Arbeitsmarkt ist der entscheidende Schlüssel für die Akzeptanz von Zuwanderung in der Bevölkerung – nur hierdurch können unsere Sozialsysteme dauerhaft entlastet und gesellschaftlicher Zusammenhalt gesichert werden
- die derzeit in Teilen über die Landesverwaltungsämter abgewickelten Anerkennungsverfahren sind oft zu langwierig, uneinheitlich und bürokratisch - sie müssen mit Hilfe moderner technischer Verfahren und digitaler Standards vereinheitlicht und deutlich verkürzt werden
- **Anforderungen an formale Sprachabschlüsse müssen praxisnäher ausgestaltet werden**
- wir brauchen ein funktionierendes System für deutsche und ausländische Personen ohne Grundbildung, Schulabschluss oder ohne Beruf (auch für Schüler von Förderschulen)
- **die Kürzung der Fördermittel für Sprachkurse durch das BAMF war ein Fehler und muss korrigiert werden, wir brauchen stattdessen einen Ausbau der Sprachförderung**
- **berufsbezogene Sprachkurse auf B2-Niveau müssen deutlich ausgeweitet werden**
- notwendig sind verpflichtende Sprach- und Politikurse für alle nicht Deutsch sprechenden Zuwanderer, Deutschtests für Vorschulkinder, verstärkte Frühförderung für Kinder aus Einwandererfamilien und ein verpflichtender Kindergartenbesuch ab dem 4. Lebensjahr
- Städte sollen verpflichtet werden, Migranten in allen Stadtvierteln gleichmäßig unterzubringen
- benötigt werden besondere Fördermöglichkeiten für Einwandererfrauen und -mädchen bei Ausbildung und Arbeitssuche

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- das Land kommt seit Jahren seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung, Krankenhausinvestitionen sicherzustellen und eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, nicht nach
- das BSW spricht sich für eine bedarfsgerechte Versorgung und gegen profitorientierte Behandlungen (z.B. in der Zahnmedizin oder Radiologie) aus
- in Sachsen-Anhalt fehlt es teilweise an Kapazitäten der wohnortnahen Grundversorgung, in der Pflege oder bei der psychotherapeutischen Versorgung
- das Prinzip einer integrierten, gemeinwohlorientierten Versorgung nach Vorbild der DDR-Polikliniken sollte wieder stärker in die gesundheitspolitische Debatte einbezogen werden
- gefordert wird die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für alle sowie eine Zusammenlegung von Krankenkassen
- **die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, medizinisches Personal und therapeutische Fachkräfte müssen verbessert, ihre Arbeitszeit planbar und ihr Einsatz fair bezahlt werden**
- auf Landesebene wird ein verbindliches Tariftreuegesetz für Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen angestrebt
- die **Qualität der Pflege** muss mitwachsen - dafür braucht es eine **bessere Ausbildung, mehr Weiterbildung** und mehr Anerkennung für den Beruf
- die Kompetenzen von Notfallsanitätern sind gezielt zu erweitern
- ergänzend soll ein flächendeckendes System von Gemeindeschwestern aufgebaut werden